

Central-Blatt & Social Justice.

Offizielles Organ des D. R. K. Central-Vereins und der Central-Stelle.

Office: 18 South Sixth Street, St. Louis, Mo.



Abonnementpreis, zahlbar im voraus, für ein Jahr: \$1.00; Einzelne Nummern: 10 Cents.

"Bundle Rates": Von 5-25 Hefte, an eine Adresse gesandt, 7½ Cents pro Exemplar; 25-50 Exemplare, jedes 6 Cents; 50 Exemplare und darüber, jedes 5 Cents.

Nach Ländern außerhalb der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Abonnement: \$1.25 per Jahr. Einzelne Nummern: 12 Cents.
Entered as second class matter, April 9, 1909, at the Post Office at Saint Louis, Missouri, under act of March 8, 1879.

5. Jahrgang.

St. Louis, Mo., August 1912.

No. 5.

Grundzüge sozialer Reorganisation.

In den letzten Jahrzehnten sind unsrem Volke neue Aufgaben entstanden, deren Lösung es auf irgend eine Weise in Angriff nehmen muß. Diese Ueberzeugung zwingt sich allen denkenden Menschen mit immer steigender Macht auf. Es haben sich im öffentlichen Leben Schäden eingestellt, die beseitigt werden können und beseitigt werden müssen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß jene Elemente, die es auf Umsturz und Revolution abgesehen haben, eine immer größere Macht gewinnen. Alle diese Fragen des öffentlichen Lebens, die der Lösung harren, bilden endlich eine große Frage: Die soziale Frage. Was zu ihrer Lösung vorgebracht wird, bildet den Inhalt der Sozialreform.

Dieses Wort „Sozialreform“ wird viel gebraucht, aber nur die Wenigsten dürften sich einen klaren Begriff von dem machen, was Sozialreform in unsren Tagen bedeutet. Es mag daher der Mühe werth sein, zu erklären, was man im katholischen Sinne unter Sozialreform zu verstehen hat. Und zu diesem Zwecke wird es nützlich sein, zurückzugehen auf die Ursachen, die die gegenwärtigen Verhältnisse, die der Reform bedürftig sind, hervorgerufen haben.

Vor etwa 150 Jahren setzte eine gewaltige Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete ein, der man den Namen „die industrielle Revolution“ gegeben hat. Verschieden wurde diese Revolution durch den Uebergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit. Im Verlaufe dieses eine Umwälzung des gesamten Wirtschaftslebens vorbereitenden Ueberganges gelangte man zu der Ansicht, daß die alten sozialen Einrichtungen, die für die Handproduktion geschaffen waren, für die neuen Verhältnisse nicht mehr paßten. Die Zünfte und überhaupt die Gewerbeordnung, wie sie damals bestand, sollten fallen, und sie waren auch ein Hinderniß des Fortschritts geworden. Daß die alte Ordnung fiel, empfand man deshalb eher als Wohlthat denn als Uebel. Der verhängnißvolle Irrthum, den man damals beging, lag darin, daß man es unterließ, eine neue Ordnung zu schaffen, die den veränderten Verhältnissen Rechnung trug.

Man könnte nun die Frage aufwerfen: Wie kam es, daß man dies unterließ? Ein Grund mag der gewesen sein, daß es ungemein schwierig war, die rechte Organisationsform zu finden. Wer konnte damals voraussagen, wie sich die neue Volkswirtschaft entwickeln würde. Alles war noch im Werden begriffen. Das war eine sehr große, wenn auch nicht unüberwindliche Schwierigkeit, denn es verhinderte den klaren Ueberblick, der zur Neuregelung der Volkswirtschaft notwendig war. Dies war aber nicht die Hauptursache. Die Hauptursache lag darin, daß zur selben Zeit, als

sich diese Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete vollzog, eine andere Umwälzung auf geistigem Gebiete stattfand. Es trat damals eine falsche Weltanschauung ins Dasein, oder, wie man zu sagen pflegt, es entstand ein neues philosophisches System. Die Philosophie der französischen Revolution. Voltaire, Rousseau, Diderot, D'Alembert und überhaupt die Encyclopädisten waren die Hauptvertreter dieser neuen Weltweisheit. Es ist bekannt, daß diese Richtung von Gott und Kirche nichts wissen wollte. Der bis dahin durch Religion, Sitte, Herkommen gebundene Mensch sollte möglichst von allen hergebrachten Fesseln befreit werden. Freiheit und Gleichheit hieß die doktrinaire Lösung!

Auf wirtschaftlichem Gebiete wirkte sich diese liberalistische Weltanschauung etwa folgendermaßen aus. Man stellte zunächst den Grundsatz auf, daß die Volkswirtschaft am besten gedeiht, wenn sie von staatlicher sowohl als berufsständischer Einmischung gänzlich freigemacht ist. Ist dies einmal erreicht, so sagte man, dann entsteht eine allgemeine und unbeschränkte Konkurrenz auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Und diese Konkurrenz wird die gesamte Volkswirtschaft am besten regeln, weit besser als dies durch staatliche oder berufsständische Einmischung geschehen kann. Man begründete diese Annahme etwa folgendermaßen: In dieser allgemeinen unbeschränkten Konkurrenz wird naturgemäß der Geschicktere, Fähigere und Arbeitsamere, wenn nicht immer, so doch in den allermeisten Fällen siegen, der ungeschicktere, unfähigere, faulere Mensch natürlich auf die unterste Stufe zu stehen kommen. Und dort gehört er ja auch hin. So, sagte man, wird die allgemeine Konkurrenz eine natürliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung begründen, die weit besser ist als irgend eine künstliche Ordnung, die durch den Staat oder durch ständische Organisation geschaffen werden kann. So lange die unbeschränkte Konkurrenz besteht, sagte man, wird sie wie eine unsichtbare Hand die Volkswirtschaft ordnen und jedem jene Stellung, die ihm von Natur zukommt, anweisen. Wenn ein Mann aus den untersten Schichten der Bevölkerung Geschick besitzt und arbeitsam ist, dann kann er sich ungehindert zu den höchsten Stellen emporarbeiten, und wenn einer in den höheren Regionen wohnt, dabei aber faul und verschwenderisch ist, dann wird er naturgemäß sinken bis er wieder unter das Fußvolk kommt.

Diese Theorie klingt sehr plausibel und fand seiner Zeit nicht nur im Unternehmer-, sondern auch im Arbeiterstande ungemein viele Anhänger. Man sieht, der Liberalismus war seiner Zeit in der Kunst, die Zukunft auszumalen, beinahe ebenso geschickt wie der Sozialismus unserer Tage. Die unbeschränkte Konkurrenz hat

diese Erwartungen jedoch nicht gerechtfertigt. Sie hat sich als alleiniger Regulator der Volkswirtschaft nicht bewährt. Sie hat Verhältnisse heraufbeschworen, die sich mit jedem Tage mehr und mehr als unhaltbar erweisen. Die christliche Sozialreform, oder besser gesagt, die katholische Sozialreform, hat sich das Ziel gesteckt, die Schäden der liberalen Wirtschaftsform zu beseitigen und durch planmäßiges, zielbewusstes Vorgehen einen sozialen Bau aufzuführen, der den Bedürfnissen unserer Zeit gerecht wird.

Um diesen Plan zu verstehen, müssen wir uns zuerst über die Natur der menschlichen Gesellschaft klar werden. Die menschliche Gesellschaft ist nicht, wie der Liberalismus behauptet, ein Aggregat von Einzelwesen, sondern ein moralischer Organismus. In diesem Organismus entstehen ganz naturgemäß gewisse Gruppen, Kreise, Stände und Klassen, die innerhalb des sozialen Ganzen eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen haben. Daß dies die rechte Auffassung der menschlichen Gesellschaft ist, das beweist uns die gesamte Geschichte der Menschheit. Denn woimmer es Menschen gegeben hat, die sich etwas Kultur angeeignet hatten, finden wir diese Einteilung in Klassen und Gruppen. Und sehen wir uns in der heutigen Welt um, so finden wir überall dieselbe Erscheinung, obschon man im Verlaufe der letzten hundert Jahre das Wort von Freiheit und Gleichheit der Menschen oft genug gepredigt hat. Diese Einteilung in Klassen, Gruppen und Kreise liegt tief in der Natur der Menschen und läßt sich nicht aufheben ohne Vergewaltigung derselben. Die erste Aufgabe einer gesunden Sozialreformbewegung muß es sein, darauf hinzuwirken, daß die einzelnen Klassen, Stände, Berufe sich ihrer Stellung im sozialen Ganzen bewußt werden, oder, um dasselbe mit anderen Worten zu sagen, sie müssen sich mit den Rechten, aber auch Pflichten ihres Standes vertraut machen. Denn Pflicht und Recht sind korrelative Begriffe, d. h. wo das eine ist, ist auch das andere, und nur derjenige kann mit gutem Gewissen und voller Manneskraft für seine Rechte eintreten, der seine Pflichten voll und ganz erfüllt hat.

Das ist ja der Fluch unserer Zeit, daß die einzelnen wirtschaftlichen Gruppen nur immer an ihre Rechte denken, aber von ihren Pflichten nichts wissen wollen. Diese Geistesrichtung, die nur immer auf den eigenen Vortheil bedacht ist, hat der Liberalismus geschaffen und eine gedeihliche und durchschlagende Sozialreform wird nicht zustande kommen, bis das Volk sich davon frei macht und zu den gesunden Prinzipien der katholischen Weltanschauung zurückkehrt.

Ich glaube daher, daß wir nur etwas Nennenswerthes werden erzielen können, wenn wir in diesem Sinne uns an die verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen wenden und sie dazu veranlassen, daß sie sich in unserem wirtschaftlichen Getriebe orientieren. Man pflegt gegen diesen Plan einzuwenden, er sei unamerikanisch. Mit diesem Schlagwort hat man schon mancher guten That geschadet. In diesem Falle aber ist es sehr schlecht angebracht. Thatsache ist, daß wir hierzulande wirtschaftliche Gruppen haben, die sich ebenso scharf voneinander unterscheiden wie in irgend einem Lande der Welt. Thatsache ist es ferner, daß diese Gruppen auch in unserer Gesetzgebung anerkannt werden. Unsere ganze Arbeitschutzgesetzgebung beruht auf der Annahme, daß es wirtschaftliche Gruppen gibt, die des staatlichen Schutzes bedürfen. Thatsache ist ferner, daß

diese Gesetzgebung zum größten Theil durch die Bemühungen der einzelnen Berufsklassen entstanden ist. Davon kann sich jeder überzeugen, der sich die Mühe gibt, die Geschichte der Arbeitergesetzgebung zu studieren. Auch die Existenz des Bauernstandes findet sowohl in unserer nationalen als auch in der Staats-Gesetzgebung Anerkennung. Wir haben ein Bundesackerbaudepartement, das alljährlich enorme Summen verschlingt. Trotzdem wird kein vernünftiger Mensch gegen die Existenz dieses Departements etwas einzuwenden haben, denn es leistet unseren Bauern ausgezeichnete Dienste, die indirekt wieder dem ganzen Volke zu gute kommen. In fast jedem Staate des Landes wird eine Ackerbauschule unterhalten, deren Hauptaufgabe es ist, dem Farmer behilflich zu sein. Niemand protestiert gegen diese Einrichtung. Und in der That, wir brauchen nicht weniger, sondern mehr derartiger Gesetzgebung. Diese Ueberzeugung ist jetzt schon in die weitesten Kreise des Volkes gedrungen und verbreitet sich mit jedem Jahre mehr und mehr. Die Frage, um die es sich handelt, ist nur diese: Soll das Zustandekommen einer solchen Gesetzgebung durch ein Konsortium von Berufspolitikern besorgt werden, die die jeweiligen Bedürfnisse ihrer Partei hauptsächlich im Auge haben und nicht das Wohl des Landes oder der Gruppe, für die sie Gesetze machen?

Ich bin der Ansicht, daß diese Gesetzgebung von den einzelnen Berufsgruppen ausgehen sollte. Wenigstens sollte sie innerhalb dieser Gruppen vorbereitet werden. Wo z. B. der Bauernstand von der Gesetzgebung betroffen wird, da sollte der Bauernstand mitreden dürfen. Und um dieses auf intelligente Weise thun zu können, muß er sich orientiert haben, sonst wird er von den Parteipolitikern, wie die Geschichte der Politik in den Vereinigten Staaten das tausendfach beweist, hinters Licht geführt werden. Niemand weiß so gut wie der Bauer selbst, wo ihn der Schuh drückt. Niemand kann besser sagen, was für den Bauern paßt, als der Bauer selbst, d. h. wenn er sich die Mühe gibt, sich zu orientieren. Zu dieser Orientierung aber genügt es nicht, daß er zur Zeit der Wahlen ein paar politische Versammlungen besucht und sich von bezahlten Schönrednern in hochtönenden Phrasen lobhudeln läßt. Diese Orientierung wird am leichtesten und besten zuwege gebracht werden durch berufsgenossenschaftliche Vereine, in denen die einzelnen Mitglieder des Standes über Wohl und Wehe ihres Standes berathen und sich gegenseitig aussprechen.

Ich glaube nun, daß die soziale Ausbildung und Orientierung dieser einzelnen Gruppen eine der ersten und wichtigsten Aufgaben einer katholischen Sozialreformbewegung sein sollte. Diese Behauptung möge an einigen Beispielen erläutert werden. Nehmen wir zunächst den Bauernstand. Es wird allgemein anerkannt, daß der Bauernstand innerhalb der menschlichen Gesellschaft eine ungemein wichtige Rolle spielt. Von dem Bauernstand sind eine ganze Anzahl wichtiger Industrien unmittelbar abhängig. Ferner besorgt der Bauernstand für alle anderen Klassen die nöthigen Lebensmittel. Wenn es dem Bauern schlecht geht, dann leidet darunter das ganze Volk. Ferner erneuert und verjüngt sich aus dem Bauernstande die gesamte übrige Bevölkerung. Es liegt daher auf der Hand, daß die Erhaltung eines wirtschaftlich kräftigen und moralisch und physisch gesunden Bauernstandes von ungemein großer Wichtigkeit ist. Wem obliegt nun die Pflicht für den Bauernstand zu sorgen? Ich sage, zunächst und unmit-

telbar ist es die Pflicht des Bauernstandes selbst, doch so, daß nicht alle anderen Stände oder gar der Staat entlastet sind. Es ist ganz verkehrt, wenn irgend eine wirtschaftliche Gruppe sich als Schoßkind des Staates betrachtet. Es ist eine unwürdige Stellung, wenn irgend ein Stand mit offenen Händen und Taschen an der Staatskrippe steht, ohne selbst etwas zu thun. Die erste und wichtigste Pflicht ist die Pflicht der Selbsthilfe, dann kann der Staat, wo die eigenen Kräfte nicht ausreichen, nachhelfen und gegen eine solche Staatshilfe kann kein vernünftiger Mensch etwas einwenden.

Nun macht sich aber in den Ver. Staaten gerade in den letzten paar Jahren eine Entwicklung geltend, die geeignet ist, den Bauernstand in eine schlimme wirtschaftliche Lage zu bringen. Zunächst ist es eine Thatsache, daß in fast allen Staaten des Landes die Ertragsfähigkeit des Ackerbodens um ein Drittel zurückgegangen ist. Dies ist anerkanntermaßen den veralteten, mangelhaften Methoden zuzuschreiben, deren sich unsere Bauern immer noch bedienen. In derselben Zeit ist aber die Bevölkerungszahl beständig gewachsen und der Preis des Landes stetig gestiegen, in mehreren Gegenden um 100, in einigen sogar um 200 und mehr Prozent. Hierüber mögen sich ja die gegenwärtigen Besitzer des Landes vergnügt die Hände reiben und ich will ihnen auch nicht die Freude verderben. Aber wenn wir die Aussichten der heranwachsenden Generation ins Auge fassen, dann sieht die Sache ganz und gar nicht so erfreulich aus. In Folge dieser Entwicklung der Dinge wird es für unsere Farmersöhne mit jedem Jahre schwieriger sich selbstständig zu machen. Sie sehen sich, wenn sie auf dem Lande bleiben wollen, vor die Alternative gestellt, ihr Leben lang Kenter zu bleiben, oder sich eine Schuldenlast aufzuladen, die sich in absehbarer Zeit nicht abtragen läßt. Die natürliche Folge ist, daß eine große Anzahl von jungen Männern vom Lande nach der Stadt abzieht, von jungen Männern, sage ich, die bei rationellem Bodenbau auf dem Lande ein sicheres und allseitiges Auskommen haben könnten.

Dies ist nicht nur für den Bauernstand, sondern auch für die gesamte Nation schädlich. Einsichtsvolle Männer aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung haben das schon längst eingesehen und es sind verschiedene Mittel in Vorschlag gebracht worden, um diesem Uebel zu steuern. So gibt es z. B. eine Bewegung, die den Namen „Back-to-the-country-Movement“ hat. Man will, wie der Name besagt, die überschüssige, städtische Bevölkerung wieder aufs Land bringen. Ich verspreche mir von einer solchen Bewegung nicht viel Gutes. Mancher Städter, den man unter allen möglichen Vorspiegelungen aufs Land gelockt hat, wird sich enttäuscht finden, denn der Ackerbau will ebenso gelernt sein wie jede andere Berufsarbeit. Viel besser und aussichtsvoller wäre es dafür zu sorgen, daß diejenigen Bauernsöhne, die jetzt das Land verlassen, weil für sie so recht kein Platz mehr übrig ist, auf dem Lande bleiben und ein ertägliches Auskommen finden. Auch in diesem Sinne wird in den letzten paar Jahren rüstig gearbeitet. Die Leiter und Lehrer an unsren Staatsackerbauschulen halten in den verschiedensten Theilen des Staates Vorträge und suchen den Bauern auf jede nur mögliche Weise behilflich zu sein. Allein bis jetzt ist der Erfolg äußerst gering gewesen und zwar deshalb, weil man keine permanenten Landorganisationen hat, an die sich diese Männer wenden könnten.

Durch Gründung von katholischen Bauernvereinen

könnten wir ungemein viel thun zur Orientierung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Aufklärung der Bauern. Wenn wir diese Gelegenheit unbenützt lassen, dann werden, wie ich eben angedeutet, andere Organisationen eingreifen und wir dürften uns gar nicht wundern, wenn sie die Gelegenheit wahrnehmen, antikatolische Propaganda zu treiben. In diesen Vereinsversammlungen könnten dann auch andere Sachen besprochen werden, z. B. die ländliche Armenpflege, die bekanntermaßen sehr im Argen liegt, der ländliche Straßenbau, die Alkoholfrage. Man könnte in diesen Versammlungen auch Maßnahmen zum Schutze der Bauern gegen die Uebergriffe des Großkapitals besprechen. In anderen Ländern, namentlich in Deutschland, ist durch solche Vereine vieles erreicht worden zur wirtschaftlichen und geistigen Ausbildung der Bauern. Die erfreuliche Lage der Bauern in Deutschland ist hauptsächlich diesen Vereinen zuzuschreiben. Doppelt erfreulich ist es, daß diese Hebung des Bauernstandes hauptsächlich durch die Thätigkeit der katholischen Sozialreformbewegung zustande gebracht wurde.

Auch im Lohnarbeiterstande könnten wir nützliche Arbeit leisten. Man hat den Arbeiterstand den entwurzelten Stand genannt und woinimmer die Arbeiterschaft nicht organisiert ist, da hat dieser Ausdruck noch heute seine Berechtigung. Die rechtliche Stellung des Arbeiters, der dem freien Lohnvertrag völlig preisgegeben ist, ist nicht eine solche, wie sie unsere Weltanschauung fordert. Der Zug des Arbeiters zur Organisation ist berechtigt. Man beklagt sich über die Härte und Rücksichtslosigkeit von Seiten der Arbeiterorganisationen gegenüber den anderen Ständen. Selbst wenn man diese Klagen als vollberechtigt anerkennt, ist es thöricht, daraus ein Argument konstruieren zu wollen gegen das Prinzip der Organisation selbst. Wer da erwartet, daß die Arbeiterschaft die Besserung ihrer Lage, die sie durch Organisation erkämpft hat, wieder aufgeben und sich der unbeschränkten Konkurrenz wieder freigeben soll, der erwartet etwas, das der Gesamtheit der Nation bedeutend schaden würde, der erwartet, daß der Arbeiter sich freiwillig in jene Lage zurückversetze, in der er sich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts befand.

Viel günstigere Resultate könnten erzielt werden, wenn wir uns ernstlich bemühen würden, unsere katholischen Arbeiter im Sinne der katholischen Weltanschauung aufzuklären. Wir würden nicht nur der Gesamtheit einen Dienst erweisen, sondern auch dem Arbeiterstande selbst, denn die wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes wird sich weit eher bewerkstelligen lassen durch wohlunterrichtete und sittlich gefestigte Männer als durch Radaubröder, die sich um Recht und Gerechtigkeit nicht kümmern, sondern den Arbeiter dazu aufheben, seine Macht auszunützen, ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe anderer Stände. Zu beachten wäre auch, daß in anderen Ländern, Deutschland und Oesterreich z. B., kleinen Kaufleuten und den selbstständigen Handwerkern sehr großer Nutzen entstanden ist aus geeigneten Organisationen, aber wir werden diese Arbeit wohl für die Gegenwart noch nicht in Angriff nehmen können.

Durch diese im Sinne der katholischen Weltanschauung ausgeführte Organisationsarbeit dürfte jene Denfrichtung gefördert werden, die man im Gegensatz zu der herrschenden individualistischen, die soziale nennen darf. Es würde der Einzelne lernen, daß er Opfer

bringen muß im Interesse der Gruppe, zu der er gehört, und die einzelne Gruppe würde lernen, daß sie Opfer bringen muß im Interesse der Gesamtheit. Es würde das Gefühl der Solidarität geweckt und man würde allmählich zu der Einsicht kommen, daß das Wohl der Menschheit nicht von einem Stande, einer Gruppe, einer Klasse abhängig ist, sondern von dem wohlwollenden, freundlichen Zusammenarbeiten aller Klassen, aller Gruppen und aller Stände auf Grund christlicher Gerechtigkeit und Nächstenliebe zum Wohle aller.

Joseph Wenter.

Der Geburtenrückgang als soziales Problem.

Die deutsch-amerikanische Presse hat oft genug der Erscheinung des Rassenelbstmords in Frankreich gegenüber auf die erheblichen Geburtenüberschüsse in Deutschland hingewiesen. Seit mehreren Jahren hat sich nun auch im Reiche ein Geburtenrückgang bemerklich gemacht, weswegen, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jüngst bekannt gab, in Preußen Erhebungen über die Ursachen dieser Erscheinung angeordnet worden sind. Nach Eingang der Berichte der Regierungspräsidenten wird das Ministerium über die einzuleitenden Maßnahmen zur Verhinderung eines weiteren Rückganges der Geburtenziffer beschließen. In den längeren Ausführungen, mit denen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ diese Mittheilung begleitet, wird — ohne den Ergebnissen der Untersuchung vorgereifen zu wollen — darauf hingewiesen, es sprächen sehr starke Anzeichen dafür, daß die bedrohliche Erscheinung des Geburtenrückganges keine physiologischen, sondern soziale Ursachen habe. Es lägen keinerlei Anhaltspunkte vor, etwa an eine Erschöpfung der Rasse zu denken, dagegen hätten die Wohnungsverhältnisse der Großstädte, sowie überhaupt die Zusammenballung der Bevölkerung in den Industriezentren und die Entwicklung des Landes unbedingt einen schädigenden Einfluß sowohl auf die Geburtenziffer wie auch auf die Lebensfähigkeit der Säuglinge.

Der enge Zusammenhang zwischen Volksvermehrung und Sozialpolitik tritt auch deutlich aus dem alljährlich erscheinenden Berichte der Medizinalabtheilung des preußischen Ministeriums des Innern über das Gesundheitswesen des Preussischen Staates hervor. Der 1912 erschienene umfangreiche Band berichtet über die Vorgänge des Jahres 1910. Auch in diesem Berichte wird die besondere Aufmerksamkeit auf die Thatsache gelenkt, daß die Geburtenziffer im Jahre 1910 noch weiter als in früheren Jahren abgenommen hat — „ein Umstand, dem wir mit Rücksicht auf die Zukunft unseres Volkes die ernsteste Aufmerksamkeit widmen müssen“. Wenn trotzdem die absolute Volksvermehrung mit 581,465 wieder höher war als in den Vorjahren, so erklärt sich dies nur dadurch, daß die Gesundheitsverhältnisse des Jahres 1910 im allgemeinen gut waren und die Sterblichkeitsziffer auf die bisher erreichte niedrigste Zahl gesunken ist.

Die Geburtenziffern im letzten Jahrzehnt betrugen: Es kamen 1901: 36,⁵² Lebendgeborene auf 1000 Einwohner; 1902: 35,⁸⁸; 1903: 34,⁷⁸; 1904: 35,⁰⁴; 1905: 33,⁷⁷; 1906: 34,⁰⁰; 1907: 33,²⁸; 1908: 32,⁹⁹; 1909: 32,⁰⁰; 1910: 30,⁸⁸ — also von geringen

Schwankungen abgesehen, eine fast ständige Abnahme.

Die Sterblichkeitsziffern, die im Jahre 1875: 26,³ auf 1000 Einwohner lauteten, betragen im Jahre 1910: 16,¹³ auf 1000 Einwohner (mit Ausschluß der Todtgeburten). Die Zahlen für die letzten Jahre sind: 1904: 19,⁵; 1905: 19,⁸; 1906: 18,⁰⁰; 1907: 17,⁹⁸; 1908: 18,⁰⁸; 1909: 17,¹¹.

Die Abnahme der Sterblichkeit ist natürlich sehr erfreulich und es steht zu hoffen, daß diese günstige Entwicklungslinie im allgemeinen bleiben wird, da Technik und Wissenschaft dauernd am Werke sein werden, manche Feinde der Gesundheit erkennen und besiegen zu lehren. Auch die allgemeine Aufklärung im Dienste der Volkshygiene nimmt ständig zu und auf dem Gebiet der Bekämpfung der drei großen Volksverheerer, Säuglingssterblichkeit, Alkoholismus, Tuberkulose, lassen sich gute Erfolge erzielen. Aber es ist auch leicht möglich, daß gerade die nächsten Jahre Rückschläge bringen werden, weil die vertheuerte Lebenshaltung viele Kreise zur Unterernährung zwingt, oder ihnen Ersparnisse an der Wohnung aufnöthigt, während gute Ernährung und gesunde Wohnungen das A und O für alle Volksgesundheitsbestrebungen sind. Und schließlich find der Herabminderung der Sterblichkeitsziffer von der Natur unerbittliche, unüberwindbare Grenzen gesteckt, so daß auch der Ausgleich des Geburtenrückganges durch Herabminderung der Sterblichkeitsziffern einmal aufhören müßte.

Bereits die einfachen Zahlen des vorliegenden Berichts über das Gesundheitswesen werfen manche Streiflichter auf den Zusammenhang zwischen Geburtenrückgang, Sterblichkeit und allgemeinem sozialen Zustand. Aus diesen Streiflichtern sind selbstverständlich noch keinerlei bindende Schlüsse oder bestimmte Thatsachen abzuleiten, doch verdienen sie Beachtung und weitere Aufhellung durch Sonderforschungen. So sind die Sterblichkeitsziffern für Preußen nach Provinzen geordnet:

Während die Sterblichkeitsziffer im Staatsdurchschnitt 16,¹³ beträgt, stehen folgende Provinzen über dem Staatsdurchschnitt: Schlesien 19,⁶⁸; Hohenzollerische Lande 19,²⁵; Westpreußen 18,⁷¹; Ostpreußen 18,⁵⁶; Posen 18,⁰⁴; Pommern 17,²⁹; Brandenburg (außer Berlin) 17,⁰⁰; Sachsen 16,⁴¹. Unter dem Staatsdurchschnitt bleiben Westfalen 14,⁸⁸; Rheinprovinz 14,⁷⁵; Hannover 14,²⁵; Berlin Stadtkreis 14,²²; Hessen-Rassau 14,¹⁵; Schleswig-Holstein 13,⁷¹; Berlin Landespolizeibezirk 13,²⁶.

Auffallend ist hierbei die Thatsache, daß sich unter den Provinzen, die über dem Staatsdurchschnitt liegen, gerade die östlichen weniger dicht bevölkerten und auch noch nicht stark industrialisierten Provinzen befinden, so daß also die oft vertretene Ansicht, als trage die Industrialisierung die Hauptschuld an der Abnahme der Bevölkerungsvermehrung doch nicht ohne weiteres als berechtigt anzusehen ist. Aus einem Vergleich der Geburten- mit den Sterbeziffern der verschiedenen Provinzen ergibt sich ferner, daß Schlesien, Westpreußen, Posen zwar hohe Geburten-, aber auch hohe Sterbeziffern haben. Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Rassau und Landespolizeibezirk Berlin haben zugleich geringe Geburten- und niedrige Sterbeziffern.

Die Bemühungen der letzten Jahre im Kampf um die Verringerung der Säuglingssterblichkeit weisen sichtbare Erfolge auf.

So sank die Säuglingssterblichkeit im Staatsdurchschnitt von 20,3 v. H. (1908) auf 17,9 (1909) und 15,9 (1910). Die Durchschnittsterblichkeit betrug im Jahrzehnt 1891 bis 1900 noch 24,4 v. H., und im Jahrzehnt vorher 1881 bis 1890 24,5 v. H. Das Jahr 1910, das allerdings einen heißen Sommer hatte, steht in bezug auf die Säuglingssterblichkeit günstiger da als irgend ein früheres Jahr.

In engem Zusammenhang mit der Frage des Geburtenrückganges steht die Frage des Mutter-schutzes. Wie viel hier noch zu bessern bleibt, zeigen u. a. die Zahlen über das Kindbettfieber, das in den Städten sogar in den letzten 20 Jahren eine Zunahme erfahren hat, trotz der Vermehrung der hygienischen Kenntnisse, durch die das Kindbettfieber zurückzudrängen wäre. Von je 10.000 Entbundenen starben am Kindbettfieber in den Landgemeinden 1892 noch 44,7 Frauen, und die Zahl sinkt allmählich auf 27,02 im Jahre 1910. In den Städten dagegen steigt in demselben Zeitraum die Zahl von 33,2 auf 37,63. Der Staatsdurchschnitt für Stadt und Land beträgt 31,42. In dem Bericht der preußischen Medizinalabtheilung heißt es hierzu:

„Während also die Todesfälle im Kindbett in den Landgemeinden in den letzten zehn Jahren eine langsame Abnahme zeigen, ist bedauerlicherweise in dem gleichen Zeitraum für die Städte eine deutliche Zunahme der Todesfälle festzustellen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieses auffallende Ansteigen der Kindbettsterbeziffer für die Städte auf die ungünstigen Verhältnisse zurückzuführen ist, wie sie durch das Wachstum der Städte, die zunehmende Industriebelastung und die damit im Zusammenhang stehende vielfache Verschlechterung der Wohnungs- und anderer hygienischer Verhältnisse, die größere Infektionsgefahr, die wachsende Betheiligung der Frauen an der Industriearbeit und die damit verbundene Schwächung ihrer Widerstandskraft und zahlreiche ähnliche ungünstige Einflüsse, die in dem Maße auf dem Lande nicht vorhanden sind, bedingt werden.“

Eine geradezu beschämend hohe Sterblichkeitsziffer an Kindbettfieber weist Berlin auf. Im Berliner Stadtkreis betrug die Zahl 1908: 60,00; 1909: 66,39 und stieg 1910 auf 87,80 (gegenüber dem Staatsdurchschnitt von 31,42). Im Landespolizeibezirk Berlin waren die entsprechenden Zahlen 49,37, 54,98, 69,69. Diese Zahlen sprechen dafür, daß in Berlin und Vororten viel zu wenig für Entbindungsanstalten oder ausreichende unentgeltliche Hebammenfürsorge und Wochenpflege gesorgt ist; die hohen Zahlen sind aber namentlich eine Anklage gegen das Berliner Wohnungswesen, denn dieses steigert die Infektionsgefahr erheblich.

Ähnlich wie in Preußen ist auch in Baden seit einigen Jahren ein Rückgang der Geborenen zu beobachten. In den siebziger Jahren kamen auf 1000 Einwohner 44 Geborene, in den achtziger Jahren 36, in den neunziger Jahren 34, im letzten Jahrzehnt 33 und 32. Im Jahre 1911 ist zum erstenmal auch in absoluter Rückgang der Geburtenziffer, und zwar um mehr als 3000 zu verzeichnen. Auf 1000 Einwohner gerechnet, wurden im letzten Jahr nur noch 28,6 Kinder geboren, die niedrigste Zahl in den letzten hundert Jahren. Auch in Baden wird der Geburtenrückgang vorläufig noch durch die Abnahme der Sterblichkeit ausgeglichen, aber trotzdem verlangt die Frage auch in Baden große Aufmerksamkeit.

Der halbamtliche Aufsatz der „Nordd. Allg. Ztg.“ hat, wie die Soziale Praxis (in No. 40 des laufenden Jahrgangs) mittheilt, in allen Kreisen Deutschlands und in der Presse aller Richtungen Beachtung gefunden, und je nach dem Parteistandpunkt werden Mittel und Wege zur Abhilfe vorgeschlagen. Nach der Ansicht des eben genannten sozialpolitischen Organs wird sich mit irgend welchen der volkswirtschaftlichen Entwicklung zuwiderlaufenden Mitteln (etwa künstlichem Festhalten der Bevölkerung auf dem Lande durch Beschränkung der Freizügigkeit) nichts erreichen lassen, sondern Besserung ist nur durch eine fortschreitende Sozialpolitik zu erhoffen, bei der alle direkten und indirekten Maßnahmen des Mutter-schutzes in erster Linie in Betracht kommen. Um einer drohenden Verminderung des Bevölkerungszuwachses entgegenzuwirken, komme es nicht einmal so sehr darauf an, die absolute Geburtenzahl zu erhöhen, da hohe Geburtenzahlen auch vielfach mit hoher Kindersterblichkeit verbunden sind und jedes Kindergrab eine Verschwendung an Geld und Volkskraft bedeutet, auch lasse sich die auf Beschränkung der Kinderzahl gerichtete Sittentendenz reicher werdender Völker (vergl. Frankreich, Vereinigte Staaten, Großbritannien, Australien) kaum umlenken, sondern viel richtiger sei es, bessere soziale Zustände zu schaffen, so daß mehr gesunde Menschen zur Eheschließung gelangen und alle gesunden Keime sich entwickeln können. Hierher gehören alle Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung der Massen; aber auch durch staatliche und städtische Vorkehrungen, wie z. B. Steuerermäßigungen bei steigender Kinderzahl, größere und kleinere Wohnungsgeldzuschüsse an die Beamten je nach der Kinderzahl, kann hier heilsam gewirkt werden.

Daß alle solche Maßnahmen, die wir für sehr wünschenswerth halten, das Uebel nicht in der Wurzel treffen, ist sicher. Das Zweikindersystem herrscht, wie in unsrem Lande jedermann weiß, gerade in den Häusern mit den stattlichsten Facaden, deren Bewohner keine sozial-ökonomische Ursachen haben, die Zahl ihrer Nachkommen auf zwei zu beschränken. Ein Mitarbeiter der „Deutschen Revue“, der die Erscheinung des Geburtenrückganges in Deutschland im Juliheft der genannten Zeitschrift bespricht, weiß dagegen auch die letzte Ursache der besprochenen Erscheinung zu nennen, indem er schreibt: „Atheistisch-materialistische Kultur ist niedriger Geburtenfrequenz genau so hold, wie religiös-traditionelle Kultur hoher Geburtenziffer günstig. Die höchsten Geburtenziffern haben in Europa die Länder des russisch-orthodoxen Glaubens, in Deutschland die Wahlkreise des Centrums. Die niedrigste Geburtenziffer hat in Europa das atheistische Frankreich, in Deutschland haben sie die Wahlkreise der Sozialdemokratie.“

— 0 —

Gewerkschaftsbewegung und Produktionssteigerung.

Nicht selten erhebt man den Gewerkschaften gegenüber den Vorwurf, ihre Thätigkeit wirke produktionsvermindernd, sie suchten bewußt und unbewußt die Steigerung der Arbeitsleistung und den Produktionsfortschritt zu hemmen. Dieser Einwand ist unberechtigt, er ist falsch, wenigstens soweit die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands in Frage kommt.

Diese steht auf dem Boden der Gewerbesolidarität und sucht alles zu fördern, was dem Gesamtgewerbe und der Volkswirtschaft von Nutzen sein kann. In der jüngst erschienenen Schrift: „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“ stellt der christliche Gewerkschaftler Th. Brauer für die Betätigung der Gewerkschaften in dieser bedeutsamen Frage folgenden Grundsatz auf:

Anteilnahme der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter an dem Bestreben zur Herbeiführung des Produktionsfortschrittes, persönliche Initiative und allgemeine Werthschätzung positiv fortschrittlicher Arbeitsleistung. Im weiteren müsse sich daraus ergeben die Möglichkeit vernünftigen, d. h. nicht zerkleinernden Genießens der gesteigerten Ertragsleistungen und als Voraussetzung dazu Veredelung des Geschmacks innerhalb der Arbeiterschaft. . . „Die Beeinflussung des Willens aber steht immer und überall an erster Stelle. Es müssen sich Mittel und Wege finden lassen, wenigstens in die Kreise der Gewerkschaftsführer ein geeignetes volkswirtschaftliches Wissen hineinzubringen, das das erste Mittel ist, die positive Anteilnahme der Gewerkschaften an der Steigerung der Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft anzuregen. Bereits thun sich überall Kurse von mehr oder minder längerer Dauer auf, in denen den Gewerkschaftsfunktionären die Elementarkenntnisse auf volkswirtschaftlichem Gebiete vermittelt werden. Sollte es nicht möglich sein, wenigstens den ersten Führern der Gewerkschaften die Möglichkeit zu bieten, längere Zeit als Hörer den volkswirtschaftlichen Kollegien unserer Hochschulen beizuwohnen? Auch hier bietet das englische Beispiel manches Beachtenswerthe, das in entsprechend abgeänderter Form auch bei uns seine guten Dienste leisten könnte.“

„Diejenige Gewerkschaftsbewegung, der es gelingt, einen größtmöglichen Prozentsatz ihrer Mitgliedschaft im Sinne der positiven Anteilnahme an einer rationalen Produktionssteigerung zu beeinflussen, hat ihre Aufgabe für das nächste Menschenalter deutscher Wirtschaftsentwicklung gelöst.“

Das sind Anschauungen, zu denen sich selbst die große Masse der Industriellen unsres Landes noch nicht aufgeschwungen hat. Man trage solche Zumuthungen, sich auf dem Wege des volkswirtschaftlichen Studiums im höheren Maße für eine rationelle Produktion im Interesse der nationalen Wirtschaft zu befähigen, unseren Fabrikanten und Gewerbetreibenden durchschnittlichen Kalibers vor, und man wird sich etwas anders als nur einen Korb holen. Und doch ist nichts sicherer, als daß ein „geeignetes volkswirtschaftliches Wissen“ für alle an der Wirtschaft in maßgebender Weise Theilhabenden unerläßlich nothwendig ist.

Ein- und Ausblicke.

Wie ein fertiger Straßenräuber ist nach der Bibel derjenige, der nirgends zu Hause ist. Das soziale System des Feudalismus wollte, daß jedes Mitglied der Gesellschaft möglichst bodenständig sei. Mit der Freiwirtschaft trat eine Freizügigkeit die Herrschaft an, die alle alten Bande löst. Die moderne Binnenwanderung nicht minder als die Auswanderung sind Folgeerscheinungen dieser schrankenlosen Freizügigkeit.

Daß bei dem Schollenlockerwerden viele nur das Elend mit der Noth vertauschten, ist sicher. Dennoch

meint ein Mitarbeiter der Sozialen Praxis (No. 33 des laufenden Jahrg.): „Neben dem Koalitionsrecht ist die Freizügigkeit die Säule, von der die wirtschaftliche und soziale Stellung des modernen Arbeiters getragen wird.“ — Denn sie gestattet ihm, heißt es dann weiter, „die ihm günstigste und genehmste Arbeitsgelegenheit zu ergreifen, wo er sie findet; sie giebt ihm die Möglichkeit, den Ort, wo er keine oder doch nur eine nach seiner Ansicht nicht genügend bezahlte Arbeit findet, zu verlassen.“ — Möge der Arbeiter dadurch auch leicht zum Nomaden werden, der nirgendwo eine bleibende Stätte, nirgend das Gefühl der Heimath hat — „aber gleich dem Nomaden wird er durch sein Umherziehen vom Hunger bewahrt, so lange er in noch erreichbarer Nähe Nahrung, das heißt Arbeit finden kann.“ Und wie weit begrenzt sei nicht das Gebiet, das diesem „Nomaden“ der moderne Verkehr mit seiner Billigkeit und Schnelligkeit erschließt. Und ebenso wie seinem eigenen Interesse soll damit der gesamten Volkswirtschaft gedient sein, daß er sich durch seine Arbeitskraft weiter erhält, statt brach zu liegen und bald auf Armen- oder im besten Falle auf Arbeitslosen - Unterstützung angewiesen zu sein.

Und das Ende von alle dem: Ein nirgends sesshaftes, heimatloses Proletariat, das seiner ganzen Natur nach dazu angelegt ist jeden Wechsel, auch einen der öfentlichen Zustände zu begrüßen. Der „fertige Straßenräuber“ der Bibel wird der stets fertige Revolutionär der modernen Welt sein.

Ueber den Einfluß der verkürzten Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung haben bereits die hervorragendsten Sozialpolitiker eingehende Untersuchungen angestellt. Sie machten dabei meist die auffällige Wahrnehmung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in manchen Betrieben nicht nur keine Verkürzung der Arbeitsleistung mit sich brachte, sondern vielmehr in einzelnen Fällen gar eine Erhöhung der Arbeitsleistung bedeutete. Die Untersuchung zuerst auf die Höhe exakter wissenschaftlicher Forschung erhoben zu haben, ist das Verdienst des großen Physikers Ernst Abbe in Jena, dem Fromont in Belgien später folgte. Es wurde von ihnen in bestimmten Fällen der Beweis erbracht, daß verkürzte Arbeitszeit erhöhte Arbeitsleistung im Gefolge hatte. Dieses auf den ersten Blick verblüffende Resultat wird erklärt durch den Einfluß der Ermüdung bei länger fortgesetzter Anstrengung und in der fördernden Wirkung des richtigen Ausgleichs zwischen Ermüdung und Erholung. Nicht die Dauer der Arbeitszeit allein giebt für die Produktion den Ausschlag, sondern deren Ausnutzung. Diese hängt aber ab von der entsprechenden Organisation des Betriebes, von der zweckmäßigen Anordnung und Dauer der Pausen, vom Kräftezustand, der Frische und Stimmung des Arbeiters.

Allerdings dürfen hieraus keine falschen Schlussfolgerungen gezogen werden, denn der Satz von der erhöhten Arbeitsleistung bei verkürzter Arbeitszeit gilt nicht unbeschränkt. Er bedarf nothwendig der Begrenzung. Er gilt auch nicht allgemein und in gleicher Weise für alle Gewerbe und jegliche Art von Betrieb. Dann ist zu beachten, daß nur da die Verkürzung der Arbeitszeit von Segen sein wird, wo der Arbeiter sich klar ist über die Pflicht, die freigewordene Zeit in vernünftiger und zweckmäßiger Weise zu benutzen.

Central-Blatt & Social Justice

Published Monthly by the Central Bureau of the Central Verein, 18 South Sixth St., St. Louis, Mo.

Subscription \$1.00 a year, payable in advance. Single copies, 10 cents. Bundle Rates: 5—25 copies to one address, 7½ cents each; 25—50 copies, 6 cents each; 50 and more copies, 5 cents each.

Remittances should be made by money-order or draft payable to Central Bureau of the Central Verein. To checks 10 cents for collection charges should be added.

In Criticism of the Single Tax.

Generally speaking, the value of a piece of land depends upon the rent it can be made to yield. Thus, if an acre of ground commands a rent of five dollars a year, and if the current rate of interest in the community for safe investments is five per cent per annum, the value of the ground will be in the neighborhood of one hundred dollars. It will be the amount obtained by capitalizing the yearly rental at the current rate of interest. Now suppose this acre of ground which commands five dollars a year in rent and the capital value of which is one hundred dollars, is subjected to a thorough-going single tax of five dollars each year. The result will be that the owners will be deprived of the whole one hundred dollars of land value. Let us make another supposition. Suppose that instead of the radical thorough-going single taxers, who would appropriate the whole of this rental, the more conservative element should decree that the government should appropriate, not the whole rental of the land, but, let us say, three-fifths of it, not five dollars a year for this acre of ground, but only three dollars. If this rate of taxation is established as a settled policy by the State the value of the acre of ground to its owner will be found to be the capitalization of the rent which he receives at the current rate of interest. In other words, the value will be forty dollars and the owner will have suffered a loss of sixty dollars.

The legislating away of values in this wholesale manner involves a serious moral question, and could be justified only on the ground of public necessity. On account of the limitations of space, however, the moral issue will be ignored in this paper, and the investigation will be confined to the question of expediency, no account being taken of the close relation between morality and expediency.

The problem which I wish to solve then, is this: "Neglecting all moral aspects of the matter, is it expedient to adopt the single tax on land values?" Various writers have formulated the single tax demands variously. In this paper the single tax shall be understood in the Georgian sense.

Henry George would tax away the whole of the rent of farm lands and city lots, of forests, mines and roadways, of water power and of oyster beds. Since it is conceivable that it might be desirable to apply the single tax to one of these classes of land and not another, it will be necessary in a careful consideration of the matter to take up the different categories of land one by one and examine them separately. Because of its importance and because Henry George laid so much stress upon it, we shall begin with agricultural land and discuss the expe-

diency of the appropriations of its value by the State.

Is private ownership of agricultural land expedient? Would it be desirable for the State to appropriate the rent of such land, leaving but a hollow title of ownership to the present owners? Let us examine the question from three standpoints: First, from the standpoint of production; secondly, from that of the distribution of wealth; and thirdly, from that of the general social welfare.

First, from the standpoint of production, which is the more desirable, private ownership, or the system contemplated by the single taxers? Under which system will the soil produce the more abundantly? To answer this question a distinction must be made between medium and small-sized farms on the one hand, and large farms on the other. The farmer on the medium or small-sized farm who owns the land which he tills will take better care of it than the renter is likely to (and it must be remembered that the thorough-going single tax system is for all practical purposes a system of renting). As is well known, the renter who leases a piece of ground for two or three years is likely to crop the land in such a way as to reduce its fertility, unless he is restrained by the terms of his contract. It is to his interest to do this because he can rob the land for a few years by growing crops which put the fertility of the soil to a severe test and which give larger or immediate returns than could be obtained by more conservative methods. After this short course of soil robbery, the land will be much less productive than before, but the renter will not care, because his contract will have expired, and he will be in possession of the increased product. The next renter, in turn, if he has a lease for a short period of years, cannot afford to take measures to rebuild this soil through a long process of manuring or sowing to grass seed or through a rational rotation of crops.

The single taxer might say that his system means not short leases, but life leases, or even perpetual leases. Our answer is that under such a system of long-time leases it would be impossible for the State to collect just exactly the full competitive rent—no more and no less—and if the State should by accident attempt to collect more than the competitive rent, the tenant would give up his tenancy, thus converting the life tenure into a short-time tenure. The farmer, on the other hand, who works the land himself, and at the same time has a large share of his wealth invested in the land will adopt such a course of treatment as will give the largest returns, not this year, but through a long series of years.

In the case of large landed estates farmed by tenants from whom the rent is collected by the landlord's agent, private ownership has little or no advantage over the single tax system from the standpoint of production. If private ownership of land of this class is to be defended it must be on other grounds than that of increased production. The case is different where the owner of the large estate feels under obligation to undertake expensive experiments in improved methods of agriculture as

an incentive to better methods on the part of his smaller neighbors. Large estates, under the circumstances, when scattered among smaller farms, stimulate production.

We have spoken of the advantage of private ownership of small or medium-sized farms from the standpoint of production. There are not the same advantages where the man who owns the farm is not the man who works the farm, although even here it might be shown that private ownership is favorable to production. A thorough-going application of the single tax system would not be nearly so destructive where the land is tilled by small tenant farmers as where it is tilled by small owners.

Another reason why private ownership of agricultural land should be favored in the interest of production is that in order to have the land worked it is necessary to offer an inducement to the agricultural population to keep them from moving to the city. It is frequently given as one reason for the high cost of living that not a large enough share of population is engaged in agricultural pursuits. The stream of boys and girls from the farm to the city has been so large that not enough are left to furnish the necessary agricultural products to the city dweller at reasonable prices. Many plans have been proposed to keep the boys and girls on the farm, but probably none will be found to have so great an effect in this direction as that of rewarding them well for their work. Why should a bright, active boy remain on the farm where he is practically sure to enjoy in return for sixteen hours of hard work per day only a meagre living in a rather dull way when he can go to the city and with only eight hours' work can procure a greater variety of food, as good lodgings, and a great deal of excitement in a great variety of forms? There are a great many good answers to this question, but not all of them are such as to appeal to a boy. However, if we are able to hold out an offer of a fair financial reward to the agricultural population it will go a considerable distance in checking the movement from the country to the city. The result will be that more wheat and cattle will be produced and fewer automobiles. This assumes, of course, that the land is held in small or medium-sized farms.

The system which has been adopted by the United States government of distributing the public lands to the settlers in small tracts has done a great deal towards getting the country settled up and bringing under cultivation to supply our markets, land which would not otherwise have been put under cultivation. If the government, instead of giving the whole of the land to the settlers, had stipulated that it should always receive the full economic rent, it is very likely that our western lands would not have been settled up nearly so rapidly as has been the case, and there can be no doubt but that it has been to the interest of the country to have the great West settled by small farmers. It might be argued, of course, that now that this purpose has been attained, it is no longer necessary to pursue the same policy, and that the government may take the whole of the economic rent in taxes.

As we have already said, we shall not discuss the morality of this procedure, but from the standpoint of expediency it would be a very disastrous policy for if the government can promise values to immigrants to get them to settle up a country, and can break its promise and take the values away from them again, the citizens would soon come to feel that no form of property was safe. There would be a hesitancy to buy government bonds, or to purchase any property under the guarantee of the government, and finally there would be a hesitancy in engaging in any kind of enterprise where dependence would have to be placed on the good faith of the government.

Secondly, let us compare the two systems from the standpoint of distribution. The evils of an unjust distribution of wealth flowing from land ownership are not likely to be serious where the land is owned in small or medium-sized farms worked by the persons who own them. Objection might be made, however, that there was an unfair distribution of wealth, but even here it appears to be seldom met and in the course of a generation or two the wealth obtained from this source of "unearned increment" is usually divided up and widely scattered. In the case of the owner of large estates the situation is less desirable. Here great fortunes are made by the few, while the many are held down to a comparatively low standard of living. In addition, the fortunes of the few are not so likely to be scattered through wide circles of society because of the fact that in many places devices, such as the entail system of England, have been adopted for the purpose of holding this landed wealth together in a few families.

The third point which has been spoken of is that of the general social welfare. There can be no question that it is to the advantage of the country to have a healthy farming population. This is the source from which must come the physical, moral and mental elements making for a sound national life. The city population cannot be depended upon to keep up its numbers and the chances are that it would soon fall into decadence if it were not for the fresh supply of invigorating humanity which comes from the country.

Moreover, the city population is the radical population. Here are found the people who are willing to make every new experiment in politics and sociology. The country population, on the other hand, furnishes the conservative element of society. It is true that they are often too conservative, but this perhaps only serves as a reasonable check to the restless radicalism of the city. The Socialists have long since recognized this difference between the two elements. The early Socialists proposed to treat all property, both agricultural and industrial according to the same principle. They found, however, that the opposition of the farming class would be so great that it would be practically impossible for them to make headway against it. Accordingly in more recent years, many of them are advocating the policy of adopting a plan whereby the farmer who works his farm shall be left in undisturbed ownership and possession. Now it is the farmer

who owns his farm who is to supply this healthy, conservative element to society. Undoubtedly the advantage of having such an element in society is one that must not be thrown away. The case of the large landholder who does not work his land is somewhat similar. It is possible for him to be of use to the nation in many ways. He may feel that the rent which he receives puts him under an obligation to serve his country in fields of political or economic or social endeavor, and opportunities will not be wanting for the exercise of such activities to those who earnestly seek them. Where the large landholders are not, however, giving society a return in any form, it cannot be denied that there is a considerable point to the single tax argument. But in such cases it will usually be found more desirable to reform private ownership along the more wholesome line of encouraging the breaking up of the large estates rather than to overthrow private ownership entirely.

In conclusion, then, it may be said that, as a general thing, where the farms are not too large and are cultivated by their owners instead of by tenants, the system of private ownership of land offers many extremely weighty advantages not possessed by the single tax system. At the other end of the scale, where private ownership means large estates owned by absentee landlords whose only relation to their land is that they extract the rent from it, private ownership possesses few, if any, advantages over the single tax system, but here private ownership needs reform rather than abolition.

A later paper will discuss the taxation of land values in cities.

FRANK O'HARA.

—0—

The Boy and His Gang.

The boy—his problems, his peculiar needs, his premature entrance into industrial life and his temptations, especially in the larger cities of the Union—have added considerably to the questions that are now perplexing our legislators and our students of social conditions. Hence we find that noted sociologists like Jane Addams, of Hull House, Chicago; Mrs. Florence Kelley, Secretary of the National Consumers' League; Judge Ben Lindsey, of the Denver Juvenile Court, and Mr. Owen R. Lovejoy, General Secretary of the National Child Labor Committee, New York, are devoting their energies to the solution of problems set by the boyhood of our country.

Mr. J. Adams Puffer, who has contributed one of the latest books to the study of this question,* tells us that "sixty-six boys who were members of gangs, are responsible for this book." He finds that heretofore the gang has played an inconspicuous part in the literature of boyhood since it does not appear as a gang even in such classic stories of boylife as "David Copperfield" and "Tom Brown." The "gang-age" Mr. Puffer places between the ages of ten and sixteen. Occasionally we find a really

excellent remark on the make-up of the gang and its psychology, as, for instance, that boys from well-to-do homes are less apt to join a gang, and that the "bad" gang tends to be persistent while the good gang dies away. For these statements, founded as they are on a careful study of a wide range of data, all those interested in this question will be thankful to Mr. Puffer.

But at the same time all teachers and trainers of boys—in fact, even parents whose knowledge is limited to their own hopefuls, will find much to dissent from in his book. Candidly, we believe that investigators like Mr. Puffer, with their penchant to derive every boyhood trait and every outbreak of boyish spirits from the "savage life of primitive man" and to reduce every manifestation of prankish boyhood to the "predatory, hunting and fighting" instincts of some remote ancestor, whose sole possessions were a war club and bear skin,—write under a serious handicap. Such remarks, for instance, as those on page 78: "He (the boy) is, therefore, essentially a savage, with the interests of a savage, the body of a savage, and to no small extent, the soul of one. He thinks and feels like a savage; he has the savage virtues and the savage vices; and the gang is his tribe"—are simply foolish. They betray the cheap defender of a theory once popular and which has now become the exclusive property of sciolists and pseudo-scientists. The same is true of the flippant remark on page 89: "He comes of a stock which has fought its way up from barbarism." If we may condone every outbreak of juvenile depravity on the plea that the lad is only manifesting a trait of his "primitive savage ancestor," why should not the judge dismiss in peace every rowdy and lawbreaker between the ages of sixteen and twenty-five, why should he not look with lenient eye upon every case of assault, brutal murder and robbery, from the scientific viewpoint of Mr. Puffer, and regard these crimes merely as the reverberations of the feats of some skin-clad ancestor?

Practically the whole of Chapter VIII—*The Management of the Predatory Impulses*—is another instance of his purely naturalistic or "evolutionary" attitude towards the vices and faults of the gang-member. For the acts of lawlessness considered under this heading cannot be viewed merely as survivals of the preying instinct of distant progenitors. Mr. Puffer seems to think that the gang-boy especially "takes things" as instinctively as the duck takes to water. Any view which overlooks the moral evil and moral guilt attached in greater or lesser degree to predatory acts, is necessarily one-sided. Modern ethnologists tell us that even tribes lowest in the scale of civilization are well aware of the immorality of stealing and have their own forms of punishment for such wrong-doing.

In fact, we think that we detect throughout this analysis of gang-activities, especially those of the less commendable kind, the exaggerated statistical method in vogue in the Pedagogical Seminary of President G. Stanley Hall, under whose encouragement the volume was published. There is danger that in the midst of all these elaborate statistics, the

*The Boy and His Gang, by J. Adams Puffer. Houghton Mifflin Co., Boston.

larger, vital and really useful aspects of this interesting social question be neglected.

For social workers the boy problem has also been treated (though not with such a learned array of statistics) by Miss Addams in her book: *The Spirit of Youth and the City Streets* (Cfr. review in *Catholic Fortnightly Review*, Vol. XVIII, No. 1), while those who look for remedies of the gang-evils and for suggestions how to work for lads in their teens will find them in abundance in the book of a devoted New York priest and successful worker for boys—*The Boysavers' Guide*, by George Quin, S. J., Benziger Bros. (Cfr. *Central Blatt and Social Justice*, Jan. 1911. "A Catholic Boysaving Institution of St. Louis.") This adverse criticism, of course, does not mean that Mr. Puffer has not made a contribution to the group psychology of boyhood. We have already said there are certain generalizations which will prove of value. It seems he had a fair basis for study, though we would not, by any means, consider the gang activities that came under his notice, nor the gang members whom he studied, as really typical of boy life and of the boy himself between the age of ten and sixteen. We agree with President Hall that the author "has taken time to acquaint himself with the literature in this and adjacent fields," yet for the practical worker other volumes will prove more serviceable.* We wonder finally what President Hall, who seems to know the adolescent so well, will say to Mr. Puffer's statement on page 88? "From ten years to sixteen, nature tries to keep the sexes apart; presumably she knows what she is about, and we shall do well to accept the hint which she offers us."

ALBERT MUNTSCH, S. J.

—0—

The National Conference of Catholic Charities.

The second meeting of the National Conference will take place at the Catholic University, Washington, September 22, 23, 24 and 25, 1912. Our readers will recall the creation of this vigorous organization in February, 1910, and its first meeting in Washington the following September. Nearly four hundred delegates attended. The report of that meeting, a volume of 350 pages, makes an important addition to our literature on Catholic Charity.

Those who are working to develop the National Conference of Catholic Charities believe that it is needed in order to bring our views, methods and organizations up to the highest efficiency. Just because the Catholic Church maintains the most extensive, most varied and efficient charities in the world, she has need of what is highest and best in the spirit and methods of life. Because modern poverty is complex, massive and stubborn, we must organize to cope with it. Because every problem of poverty is intimately connected with a dozen other problems, organizations must know one another. Hence we get organizations allied in conferences.

*We take this opportunity of again recommending to all those interested in the boy problem the aforementioned volume by Rev. George Quin, S. J. Catholic social workers, especially those interested in and having charge of boys' clubs, can find no better manual for guidance and inspiration.—A. M.

Conferences are not relief agencies nor do they replace any existing organizations. They merely furnish opportunity for leaders, thinkers and organizers in the field to come together, to know one another and to inform one another. In this way knowledge of methods is spread, inspiration to commence new work is given, and healthy views of baffling problems are developed. The possibilities of the conference were all illustrated in the recently created City Conference of Catholic Charities in St. Louis, in the Diocesan Conference of Pittsburgh, in the Associated Catholic Charities of New York, no less than in the National Conference. All Catholics who are in any way interested in charity are urged to attend this year's meeting in Washington. Information concerning all phases of the Conference may be obtained by addressing the Charity Conference Secretary, Catholic University, Washington, D. C.

The program of the September meeting is nearing completion. Announcements already made are as follows:

Conference Sermon, Rt. Rev. Bishop Canevin, Pittsburgh.

First General Session.

The Church in Charity—President's Address, Rt. Rev. Msgr. Shahan, Rector Catholic University.

The Government in Charity—Mr. Thomas M. Mulry, New York.

Charity and Culture.—Mr. F. P. Kenkel, St. Louis.

Second General Session. The City and Its Poor.

The Material Environment of the Poor—Dr. Lawrence Flick, Philadelphia.

The Moral-Social Environment of the Poor—Miss Katherine Williams, Milwaukee.

The Protection of Rights of the Poor—Mr. James F. Kennedy, Chicago.

Third General Session. Co-operation in Charity. *Co-operation Among Catholic Charities*—Miss Adelaide Walsh, Chicago.

Co-operation Among All Charities—Professor Hagerty, Columbus.

The Parochial School and Relief Work—Rev. Joseph F. Smith, New York.

The Uses of a Directory of Catholic Charities—The Secretary of the Conference.

The programs of the sections on Needy Families, Dependent Children, Delinquent Children, The Dependent Sick have not yet been announced.

WILLIAM J. KERBY.

—0—

A Lawyer on Woman Suffrage.

Mr. George R. Lockwood, of the St. Louis Bar has issued a brochure of twenty pages on a timely subject—Woman Suffrage. He somewhat apologetically calls his study of the question "A pamphlet not an essay," and has written it simply because he felt he had something to say on that subject. And be it said at once that this *something* is so clearly and succinctly stated that the author will no doubt convince many of the strength of his thesis which he states in the words, "Why I Oppose Woman Suffrage."

His four objections to bestowing the franchise

pon women—after disposing of the argument that their physical inferiority is not a reason for withholding from them the right to vote—are briefly as follows:

1. Where there is substantially universal manhood suffrage, as there is in this country, all persons, including women and children, are practically represented by the voters.

2. Substantially universal womanhood suffrage, and that is what is demanded) would add nothing to the voting wisdom of the present electorate of the country.

3. The legal discriminations against women in this country, and especially in Missouri, are so few in number and so unimportant in character, and the enfranchisement of women is not necessary for the correction of these discriminations.

4. Because giving women the right to vote will have an injurious effect on the relation of the sexes, and be detrimental to the best interests of women. The first objection is grounded on the fact that the interests of non-voters are sufficiently safeguarded in the present system, whereby only males, with certain qualifications, are given the right to vote. In support of this contention the writer states that the women of our own State, "though without votes, do not suffer from any material legal discriminations against them."

Mr. Lockwood concludes his first argument with a statement which ought to be carefully pondered by those who are always ready to shout for "free and unrestricted suffrage for all." He says: "It is a mistake to look on the elective franchise as a right. It should be considered as a privilege, subject to expediency, and in the nature of an office, which should be forfeited for many causes not now deemed worthy of more than passing condemnation."

Lest it be said that this is the viewpoint merely of an unchivalrous man of law, we hasten to add that similar opinions have been expressed, and much more strongly, by an American woman, well-known for her leadership in public affairs. We refer to Mrs. M. E. Seawell, who, in her book, "*The Ladies' Battle*" (1911), has dealt woman suffrage a blow from which it is not likely to recover for many years to come. With lawyer-like precision this forceful writer argues against the cause which so many of her sex are so blindly advocating. She develops especially the aforementioned argument of Mr. Lockwood. She shows that not only have women nothing to gain by extension of suffrage, but that they will lose many privileges they now have before the law, just because they are non-voters.

Perhaps Mr. Lockwood's second argument—that nothing would be added to the collective voting wisdom of the country by an extension of the franchise, will appeal to some more strongly than the first. He proceeds on the ground that women are much more likely to be guided by blind and unreasonable sentiment in matters of the public utility, than men. He asks the question (and all well-meaning men certainly wish there were no occasion for asking it): "How often have we not been

shocked and distressed at the utterly unaccountable exhibitions of sympathy which women frequently give by sending flowers and delicacies to brutal, and often black and utterly loathsome murderers?" He refers in illustration to the case of Dr. Webster, of Illinois, a wife-murderer, who while in jail was made the object of such a hideous distortion of charity.

A little hilarity is added to Mr. Lockwood's discussion of his second argument when he refers to a case in Massachusetts, where, if in any place in the world, "you would expect to find well-balanced women." Well, now, in a small town up in that State, where women had the right to vote at an election of school trustees, "it is said that twenty-four women voted for nineteen different persons." "How whimsical," exclaims Mr. Lockwood, "these women must have been in their voting!"

If women clamor for suffrage on the ground that they are discriminated against in laws of the State, Mr. Lockwood answers that "the legal discriminations against women in this country generally, and especially in Missouri, are but few in number and unimportant in character, and the enfranchisement of women is unnecessary for their correction." He illustrates this point by referring to the Statutes of the State on property rights of women and on their power of disposing by will both of personal and of real estate.

And, finally, Mr. Lockwood takes up what may be called the moral effect, especially upon women themselves, and incidentally upon the world at large, of making them equal to men in the matter of the ballot. No fair-minded person in discussing the subject will overlook this phase. Nor will anyone think of denying that there is at least danger that the finer qualities of womanhood will suffer harm on the fierce battleground of politics or in the plottings and counter-plottings of the political machine. No, let us advise the gentler sex to remain loyal to those high ideals which have made her during these many centuries the helpmeet, the strength, the inspiration of man. But all this she can be only by the sweet exercise of those virtues which are practiced in the domestic quiet of the family and not in the angry contention of the political arena. Woman's sphere has undoubtedly been enlarged, new duties have been imposed upon her in these days of a changing social and industrial order. But not yet is she called upon to decide in matters of state-craft. "The valiant woman" of whom Solomon speaks, was not a political firebrand, but one "in whom the heart of her husband trusteth, and who will render him good and not evil, all the days of her life." And it is by perfecting herself in the domestic virtues which are extolled in the same book of Proverbs that women will again become wise and valiant—and never before was there greater need of such than at present.

That certain hospitals which train young women to be nurses frequently subject the pupil to forms of commercial exploitation, is a statement made in a recent bulletin issued by the United States Bureau of Education.

Warder's Review

Regarding Catholic Women's League.

Are we to have a league of Catholic women? An association to promote solidarity among them, a league to band them together, to form a close-knit organization which will be ready to respond whenever the needs of the Church require collective and organized service on a large scale?

The outlook at the present time does not seem at all favorable to an undertaking of this nature, perhaps because too few realize the real *raison d'être* for an organization of this kind. Briefly we have found the ideals of the Catholic Women's League, of England, summed up as follows:

More efficient work for the Catholic cause among lay-women. Their more direct moral and intellectual influence in combating the anti-religious propaganda of the day. The growth of experience and knowledge by co-operation. The prevention of the waste of time, money and energy which results from overlapping and isolation. The increase in the number of social work. Solidarity and a habit of concerted action among Catholic women.*

Are these ideals not in need of realization in our country too? And can they be realized except through the medium of a Catholic Women's League?

The "Widowed Mother" Plea.

Whenever lawmakers desire to restrict child labor the "widowed mother" argument is brought forward, always however by the employer, never by the labor union interests, which, as Scott Nearing has pointed out in an excellent treatise: "*The Solution of the Child Labor Problem*," representing the interests of the woman and her children, to whom they may well be paying death benefits, "is almost unanimous in urging greater restrictions on the employment of children."

The necessity of the "widowed mother," so often and so effectively used to prevent the change of bad conditions, is clearly representative of only a small portion of working children. Scott Nearing is certainly not overstating the case, when he says, "probably not more than one working child in a hundred is the sole support of a widowed mother." At the present time there is, however, a great group of workers in the United States whose wages are so low as to make it practically impossible for them to provide a decent living for their children.

The Case Overstated.

Under the heading: "*Beats High Cost of Living*" the New York Sun has pointed to the low prices at which the enlisted men in the army are furnished with wearing apparel. The paper mentioned says: "The soldiers of the U. S. army wear good clothes, that is, clothes suitable for the purposes for which they are designed and capable of standing a great deal of wear. The new olive drab woolen uniform, consisting of breeches and tunic, costs the soldier \$7.40, \$4.57 for his coat and \$2.83 for his breeches. His linen collar costs four cents. His woolen olive drab gloves cost thirty-seven cents.

*Conf. The Catholic Women's League in The Month, May 1909.

His canvas leggins cost fifty-seven cents, and can buy woolen mittens for thirty cents and overalls for fifty-seven cents. His stockings cost as follows: Cotton, eight cents; heavy woolen, twenty-four cents; light woolen, thirteen cents. His dress trousers, of 22-ounce kersey, the material which is sold to officers at \$2.30 a yard, cost \$3.00 and his dress coat of the same material costs \$5.00. He pays for his khaki breeches \$1.46 and for his khaki service coat, \$1.73. His chambray shirt costs fifty-two cents, the olive drab flannel shirt \$2.60 and the muslin shirt only thirty-one cents. The most expensive item of all his equipment is his olive drab overcoat, which costs \$12.38. These clothes are sold to the soldier at cost plus the expense of storage, and in the case of the Organized Militia with the cost of packing added."

These figures are interesting and instructive, but it is misleading to present them, as is done in this case, as an illustration of the gain in economy from the elimination of the profits of the middleman.

The low prices in this case are not entirely due, as it would seem, to the fact adduced. To a great extent they are to be explained from other circumstances: Thus, for instance, the *oneness and sameness* in the quality of the goods spoken of. Retail prices are increased to a greater extent than many people realize, because merchants are forced to carry so great a variety of merchandise. This necessitates a greater investment of money and more space, which means a greater cash outlay, rent, and in the end a greater risk of a stock of goods on hand, rapidly depreciated by a change of style. All of which goes far to increase the price of goods.

Were a large number of people willing to adhere to a certain standard of goods, in quality, color, pattern, etc., it would be a comparatively easy matter to reduce prices even without eliminating the middleman. In fact, it is one of the secrets of *co-operative buying* that those forming an association for such purposes shall be found willing to restrict themselves to a limited assortment of articles.

Duty of Catholics in the Labor Movement.

"Trade unionism has been made to bear no liability of the obloquy attaching to dishonest membership. Yet if the union assumes the power of enforcing the rights of its members it must in common honesty take all reasonable precautions to see that its members fulfill their duties. Any union which fails to do this is inherently immoral. Hence, the Catholic member of a union is in conscience bound to bring his own personal influence to bear upon the action of the union in enforcing common honesty upon those who claim its protection. Nor do I know how any Catholic can be a member of a union which persistently ignores this duty. Fair wage implies fair labor; and no one, either individually or in combination, can claim a fair wage unless he is prepared to give equally fair labor. To act otherwise is to renounce every claim to honesty." Father Cuthbert, O. S. F. C., in Catholic Ideals in Local Life.

Central - Vereins - Angelegenheiten.

Beamten des D. R. K. Central-Vereins:

Präsident, Joseph Frech, 71 E. Washington Ca., New York, N. Y.
 Vize-Präsident, F. W. Immelus, Pittsburg, Pa.
 Leiter Vize-Präsident, M. F. Grien, Chicago, Ill.
 Protokoll-Sekretär, Franz Dudenorff, La Crosse, Wis.
 Kassen- und Finanz-Sekretär, John D. Juencmann, 530 Globe Bldg., St. Paul, Minn.
 Tagmeister, August Muehling, Cobington, Neb.
 Kult-Komitee: Rev. F. J. Brune, Alton, Ia.; Rev. Joseph Muehling, West Point, Neb.; Peter Dourscheidt, Peoria, Ill., und F. B. Faulhaber, Cleveland, D.
 Ehren-Präsidenten: Adolph Weber, Racine, Wis., Nicolaus Gonner, Dubuque, Ia., und F. B. Dellers, Newart, N. J.
 Alle den Central-Verein direkt angehenden Zuschriften oder Geld-
 sendungen sind zu richten an den Korrespondierenden und Finanz-
 sekretär
 John D. Juencmann,
 530 Globe Bldg., St. Paul, Minn.

Die heutige 23. General - Versammlung des Staatsverbandes von Arkansas wird am 30. und 31. Juli in St. Vincent, Ark., abgehalten werden.

Der kath. Gesellenverein von New York, der wie letzten Fest des C. V. & S. J. bereits mitgeteilt, als der beliebteste deutsche Verein in New York siegreich aus dem Preisausschreiben der N. Y. Staatszeitung hervorgegangen ist, erließ kürzlich einen Aufruf, den Verein bei der Errichtung eines neuen Seins zu unterstützen. Der Verein besitzt das Wohlwollen und die Empfehlung Sr. Eminenz des Kardinals Farley von New York.

Gemäß einem auf der General-Versammlung des New Yorker Staatsverbandes zu Troy gefassten Beschlusse hat der Präsident des Verbandes, Herr Wm. Muench, im Vereine mit dem Agitations-Komitee einen Plan zum Ausbau des Staatsverbandes zur Einführung der Einzelmitgliedschaft ausgearbeitet. Der Staat wurde in 9 Distrikte mit je einem Vorsteher eingetheilt. Aufgabe des Vorstehers ist es, die Komitees seines Distriktes zu organisieren. Vereine, die sich bisher dem Staatsverband noch nicht angeschlossen haben, sollen zum Anschlusse bewogen werden. Praktische Katholiken können sich als Einzelmitglieder gegen Zahlung eines jährlichen Betrages von nicht weniger als \$1.00 anschließen.

Beachtenswerthes Schreiben des Staats - Verbandes Missouri.

Ein vom Präsidenten und Sekretär der Katholischen Union von Missouri, den Herren M. Deß und J. B. Schuermann, während des Monats Juli an alle der Union angeschlossenen Vereine erlassenes Rundschreiben, fordert diese auf, gemäß dem auf der Generalversammlung der Kath. Union von Mo., in Ste. Genevieve, Mo., gefassten Beschlusse die freiwillige Kollekte zu Gunsten der Central-Stelle aufzunehmen und die Erträge derselben dem Sekretär der Union, Herrn Jos. B. Schuermann zuzustellen, der die gesamten Beträge der Central - Stelle in einer Summe abliefern wird. Es geschieht dies nach dem Beispiele der Vereine des Staatsverbandes von Minnesota, die in den beiden letzten Jahren \$2000 zur Weiterführung der Arbeit der Central - Stelle beigetragen haben.

„America“ über die nächste Goldstein-Tour.

„America“, die angesehenste New Yorker Wochenschrift, behandelt in ihrer Ausgabe vom 6. Juli in einem fast spaltenlangen Artikel unter der Überschrift „New Tour and New Plan“ editoriell die neue Redetour Goldsteins unter Leitung der C.-St. Ueber die Tour heisst es da:

„This is especially timely at the present moment when there is evidently a concerted attempt made by the Socialist Party to capture Catholic votes, and especially to attract the Catholic trade unionist. Its literature will then complete the work in bringing about his defection from the Church.“

Der Plan, die mit einer Rede Goldsteins verbundenen Kosten aus dem durch den Verkauf des Werkes „Socialism: The Nation of Fatherless Children“, das eigens für diesen Zweck in billiger Ausgabe erschienen ist, erzielten Erlös zu decken, findet die Unterstützung der von den hochw. Jesuitenpatres geleiteten Zeitschrift:

„In the present tour an entirely new plan has been arranged for securing the lectures. It is a wise Socialist principle that a lecture without literature can produce no satisfactory results. The admission tickets sold for the Socialist lectures are therefore made a part payment towards subscriptions to Socialist journals, or the purchase of Socialist books.... We hope that a similar plan, adapted to circumstances will be followed as far as possible wherever Catholic lectures are delivered.“

Gelobt sei Jesus, Maria und Joseph!



Einladung der Festbehörde

—für die—

57. General-Versammlung des D. R. K. Central-Vereins

15. bis 18. September 1912, Toledo, Ohio.

An die hochwürdige Geistlichkeit, Beamten und Mitglieder der Vereine im Central - Verein.
 Geehrte Vereinsbrüder!

Ueber ein viertel Jahrhundert ist dahingeflossen im Strome der Zeit, seit die Konvention des Central-Vereins im Jahre 1886 in Toledo tagte.

Im letzten Jahre erhielt Toledo die große Auszeichnung zu einem Bischofsitz erhoben zu werden, und wiederum eine weitere Ehre wurde uns zu theil, indem unsere Stadt auf der letzten General - Versammlung auserkoren wurde als der Ort für die nächste General-Versammlung.

Nicht nur die Katholiken, sondern die Bürger der Stadt im allgemeinen sind stolz auf diese Auszeichnungen und gehen Hand in Hand, um dieses Fest zu einem der Sache gebührenden Erfolge zu gestalten, und werden wetteifern, um den Delegaten und Gästen den Aufenthalt angenehm zu machen.

Der Central - Verein hat in den letzten Jahren manches in neue und bessere Bahnen gelenkt, besonders kam auf der letzten Versammlung in Chicago die Stimmung gegen allen großen Kostenaufwand für äußeres Gepränge zum Ausdruck.

Wenn nun deshalb und auch naturgemäß Toledo nicht das bieten wird, was von Großstädten bei solchen Gelegenheiten geleistet wurde, so können wir dennoch den Herrn Delegaten und Gästen die Versicherung geben, daß sie nach Beendigung der Konvention mit Be-

friedigung und dem Gefühl, „In Toledo war gut sein“, in die Heimath zurückkehren werden.

Wie bekannt hat der Central - Verein sich zur Hauptaufgabe gemacht, nach katholischen Grundsätzen im Dienste der Kirche und zur Förderung des allgemeinen Wohles an der Lösung der sozialen Frage mitzuarbeiten.

Schon vieles ist in den letzten Jahren in dieser Hinsicht gethan worden und bereits ist eine solide Grundlage geschaffen, auf welcher sicher weiter gebaut werden kann.

Der Central - Verein hat in diesem Unternehmen die Gutachtung der höchsten kirchlichen Autorität, die Versicherung, auf der rechten Bahn zu sein, und die Ermunterung, nur so auf dem betretenen Pfade voranzugehen.

Darum katholische Vereine und Vereinsmänner macht es euch zur hl. Pflicht, Delegaten zu senden, denn ernste Arbeit steht uns in dieser Zeit der sozialen Gefahr bevor, damit das Werk, so wohl begonnen, auch zu einem glücklichen Ziel geführt werden möge.

Darum nochmals, ihr Männer katholischen Glaubens, deutscher Zunge, deutscher Abstammung, seid euch der großen Ehre bewußt, sagen zu können: „Auch ich bin dagewesen auf der General-Versammlung des großen Central - Vereins in der neuen Bischofsstadt Toledo.“

Indem wir alle nochmals herzlich Willkommen heißen und besonders alle Priester und katholischen Vereinsmänner zu unseren Festlichkeiten freundlichst einladen, verbleiben wir mit dem schönen Gruß,

Gelobt sei Jesus, Maria und Joseph,

Ergebenst im Auftrage des Fest-Komitees:

Peter J. Mettler, Präsident, Room 6, The Spizer.

John Spohn, Sekretär, 317 Victoria Place.

—0—

Amerikaner in Aachen und M.-Gladbach.

Stipendien zum Besuche des Aachener Katholikentages und Studienaufenthalt in München-Gladbach, wurden im Betrage von \$30.00 den Studenten G. J. Bentgraf zu Rom und Fr. Banenmacher zu Innsbruck gewährt. Von dieser Summe wurden \$40.00 vom N. Y. Staatsverband und \$20.00 vom Präsidenten des Central-Vereins Herrn Frey gestiftet. Ein vom Exekutiv-Komitee des Central-Vereins gestiftetes Stipendium von \$50.00 wurde hochw. Herrn Fred. Wilhelm zu Freiburg im Breisgau überwiesen. Herr Fred. J. Bergs von Milwaukee, ein reiferer junger Mann mit sozialer Vorbildung, der bereits letztes Jahr auf eigene Kosten den Kursus zu München-Gladbach besuchte, erhielt ein von der Central-Stelle bewilligtes Stipendium von \$30.00. Ein vom hochw. Bischof Hoban von Scranton gestiftetes Stipendium von \$50.00 wurde dem Auftrage Dr. Goelpers gemäß, der der C.-St. den Betrag zusandte, Herrn C. Staib zu Innsbruck zugewandt. Mit der Annahme dieser Stipendien ist die ausdrückliche Bedingung verknüpft, daß die Herren Stipendiaten einen Bericht über die in Aachen und M.-Gladbach gewonnenen Eindrücke für die Toledoer Gen.-Vers. des C.-V. einsenden. Ferner werden noch folgende Herren den Central-Verein auf der Katholikenversammlung zu Aachen vertreten und die Grüße desselben unseren Glaubensbrüdern in Deutschland überbringen: Rt. Rev. J. M. Roudelka, Milwaukee, Wis., Rev. E. Seimerscheid, Džora, Mo., Rev. L.

O. Siegelack, Brooklyn, N. Y., Rev. M. Almaraz Long Island, N. Y., Rev. J. F. Arnoldi, Toledo, Rev. M. Wagner, Brooklyn, N. Y., Rev. John C. Mann, New York, Walter L. Fajnacht, Innsbruck, Stud. Theol. für Diöz. Cleveland, und die Herren Bolland, Buffalo, N. Y., und P. Hoeninghaus Brooklyn, N. Y.

—0—

Bestrebungen der deutschen kathol. Föderation von St. Paul.

Auf der trotz der unangenehm schwülen Witterung stark besuchten Juli-Versammlung der deutschen kathol. Föderation von St. Paul wurde eingehend berathen, welche Haltung der Verband zur Schaffung einer durchgehenden sozialen Gesetzgebung durch die nächste Sitzung der Legislatur einnehmen soll. Der Verband wird Hand in Hand gehen mit dem Staatsverband und anderen Organisationen und stellt es sich vor allem zur Aufgabe, da er am Sitze der Staatsregierung selbst ist, eine enge Fühlung mit den auswärtigen katholischen Vereinen aufrecht zu erhalten und die Vorgänge in der Legislatur auf sorgfältigste Weise zu überhören. Man will auch nicht deutsche katholische Kreise für diese Thätigkeit gewinnen. Ferner wurde als Aufgabe für den nächsten Winter festgesetzt, ein Verzeichnis jener Bücher der städtischen Bibliothek zu veröffentlichen, deren Lektüre den Katholiken empfohlen werden kann. Mittel und Wege wurden sodann in Betracht gezogen, um das Interesse an der Thätigkeit der Föderation in alle deutschen katholischen Kreise zu tragen, da von Seiten mehrerer Delegaten Klagen laut wurden, daß man dieser Thätigkeit in ihren Gemeinden noch immer mit Gleichgültigkeit begegne. Es wurde auch fernerhin der Beschluß gefaßt, sich mehr als der Vergangenheit auch an die katholische Frauenbewegung zu wenden, die durch ihren segensreichen Einfluß und ihre Mitwirkung viel beitragen kann, die Männer in den Bestrebungen des Verbandes näher zu bringen. Gemäß den Empfehlungen der Central-Stelle und des Staatsverbandes wurde den Arbeitern der verschiedenen Gemeinden eindringlich empfohlen, Studienkreise zu gründen und katholische Arbeitervereine ins Leben zu rufen, die dann die soziale Aufklärungsarbeit Hand nehmen sollten.

—0—

C.-V. Delegaten zur A. F. of C. S. Versammlung

Folgende Herren werden den D. A.-K. Central-Verein auf der 11. Jahres-Konvention der American Federation of Catholic Societies, die in Louisville vom 18. bis 21. August abgehalten werden wird, vertreten:

John B. Delfers, 24 Mechanic Str., Newark, N. J.
Joseph Frey, 71 E. Washington Sq., New York, N. Y.
F. W. Faulhaber, 3124 Lorain Ave., Cleveland, O.
Vincent G. Bedmann, First Nat'l Bank Bldg., Cincinnati.
Alphonse G. Koelble, 29 Broadway, New York, N. Y.
Henry Gehfried, 142 E. Market Str., Indianapolis, Ind.
F. W. Gedentamp, Jr., Quincy, Ill.
Louis Seidensticker, 529 E. Third Str., Columbus, O.
F. W. Zimmefus, 1317 Carson Str., Pittsburgh, Pa.
Hon. M. F. Girten, 5827 Princeton Ave., Chicago, Ill.
Gustave Keller, Appleton, Wis.
F. P. Kentel, 18 So. 6. Str., St. Louis, Mo.

Stellvertreter.

Peter J. Bourscheidt, Peoria, Ill.
German L. Hegner, 426 Diamond Str., Pittsburgh, Pa.
John G. Reiman, 1104 Penn Ave., Pittsburgh, Pa.

Mittheilungen aus der Central-Stelle.

Komitee für Soziale Propaganda:

Rev. G. W. Geer, Prot. Ap., Dubuque, Ia.

ic. Gonner, Dubuque, Ia.

Joseph Frey, New York.

Rev. Joseph Soenigerath, Columbus, O.

Rev. Theo. Hammett, Philadelphia, Pa.

Rev. Fred. Siedenburger, S. J., Chicago, Ill.

Joseph Matt, St. Paul, Minn.

P. Rentel, St. Louis, Mo., Leiter der C.-St.

Geschäftsführer der Central-Stelle, S. B. Offenbacher.

Die Geschäftsstelle der Centrale befindet sich zu St. Louis und alle Anfragen, Briefe, Geldsendungen u. s. w., für die Central-Stelle oder das Central-Blatt & Social Justice richtet man daher an

Central-Stelle des Central-Vereins,
18 S. Sixth St., St. Louis, Mo.

Ein Priester der Diözese Belleville stiftet ein weiteres Spring Bank Kursus Stipendium von \$32.00. Die Delegaten der letzten vierteljährigen Versammlung des Verbandes der d. Katholiken von Philadelphia beihiligten Fordham Kursus Stipendien im Betrage von \$30.00 für zwei Studenten.

An der Vorbereitung für ein Haftpflichtgesetz für Pennsylvania hat der Staatsverband der deutschen Katholiken durch Dr. A. Hölper bekanntlich mitgearbeitet. Seine Vorschläge wurden verworfen und für seine Mithilfe der Dank der „Industrial Accidents Commission“ ausgesprochen. Der Staatsverband, der getreuen Grundsätzen des Central-Vereins an der Lösung der sozialen Frage mitarbeitet, hat nun zu dem genannten Gesetz mehrere Verbesserungsvorschläge eingereicht.

Rev. C. J. Kluser von Morgantown, W. Va., nahm die Herausforderung des sozialistischen Blattes „Appeal to Reason“ vom 25. Mai an, in welchem sich das Blatt erbot, den Gegnern des Sozialismus auf katholischer Seite die erste Seite der Ausgabe vom 22. Juni zur Widerlegung des Sozialismus zur Verfügung zu stellen, und sandte eine längere Arbeit an das Blatt. Der Redakteur aber weigerte sich klein unter elenden Ausflüchten, diese Arbeit in die erwähnte Nummer aufzunehmen. Rev. Kluser wird seine Arbeit demnächst in Broschürenform veröffentlichen.

„Wenn man zusieht, wie die Gegner, (Sozialisten) fleißig sind, Schriften unter die Massen zu verbreiten, so kann ich es gar nicht begreifen, wie die Katholiken so gleichgiltig sind in Bezug auf Unterstützung des C. B. & S. J. und der kath. Presse im allgemeinen.“ Also schreibt uns ein Vertrauensmann, der aber ernstlich bemüht ist, durch Vertheilen von Probeheften des C. B. & S. J. und durch Hinweis auf die Nothwendigkeit solcher Lektüre der erwähnten Gleichgiltigkeit in seinen Kreisen energisch entgegen zu arbeiten. Vertrauensmänner! ein Beispiel, wie Ihr eine Macht für das Gute werden könnt.

Eine Dame in New Hampshire bestellte jüngst die Enzyklika Leo's XIII. über die Arbeiter-Frage, sowie mehrere andere Schriften und bat, an mehrere Adressen, darunter eine in Lawrence, Mass., wo unangenehm der Streik der Textilarbeiter stattgefunden, Probehefte des C. B. & S. J. zu senden. Die Dame sagt in ihrem Briefe:

„I am trying to interest my brother in the Social Question from a Catholic point of view. Anything you could suggest to him through advertising would be of great help to me.“

Ein interessantes Beispiel, wie weit die Agitation der Central-Stelle bereits gedungen ist.

Joseph W. P. Clemens, D. S. B., Pfarrer in Mandan, N. D., der Feststadt des im Juni abgehaltenen Katholikentages der Diözese Bismarck, N. D., auf dem bekanntlich der Staatsverband Nord-Dakota angebahnt wurde, hatte selbst die Sorge für Vertheilung von Flugchriften der C.-St. auf jener Versammlung übernommen, und schreibt uns darüber und über den Erfolg der Tagung wie folgt: „Als erstes Experiment fand ich gerade genug Flugchriften zu haben. Ich bin höchst dankbar für die prompte Besorgung der Schriften. Unter einem besonderen Umschlag schicke ich Ihnen den Volksfreund von Richardton, N. D., enthaltend einen Artikel, geschrieben von Sr. bischöflichen Gnaden von Bismarck, der klar kund gibt, welche Hoffnungen er hegt. Die Erfolge des Katholikentages waren ergiebiger als ich je gehofft hatte.“

Sommeraufgabe für Vertrauensmänner.

Wie lau sind noch so manche der Herren Vereinspräsidenten! Ja, die große Mehrzahl der Präsidenten der Vereine und Distriktverbände ist noch nicht einmal auf das Central-Blatt & Social Justice abonniert, — eine auffallende und bezeichnende Erscheinung. Vertrauensmänner an die Arbeit! Sie sollten gerade in der Person des Präsidenten und der übrigen Beamten Ihres Vereins der führenden Stellung dieser Herren wegen die beste Stütze in Ihrer Werbe- und Aufklärungsarbeit finden. Weisen sie hin auf das Beispiel des allgeschätzten Präsidenten des C.-B., Hrn. Joseph Frey, der in opferwilligsterweise seine Kräfte dem Dienste des C.-B. und der C.-St. widmet, der auch Opfer an Zeit und Geld — in diesmonatlicher Quittungsliste, Gabe \$50.00 — nicht scheut, wenn dadurch das Verständnis für das C.-B. Programm vertieft oder geweckt werden kann. Vertrauensmänner, besprechen Sie einmal mit dem Hrn. Präsidenten und den übrigen Beamten Ihres Vereins — eine Konferenz dieser Herren dürfte wohl eingefunden werden — die Arbeiten und Pläne des C.-B. und legen Sie Probehefte des C. B. & S. J. vor. Die Herren sollten selbstverständlich ihr Scherflein moralischer und finanzieller Unterstützung zur Vollendung des von den deutschen Katholiken des Landes begonnenen großen Werkes beitragen wollen. Ein Gang zum Hause des Präsidenten oder Einberufung von einer Konferenz sämtlicher Beamten der Vereine sollte eine dankbare Arbeit in dieser Jahreszeit der schwachbesuchten Vereinsversammlungen sein, — wenigstens 500 neue Abonnenten sollten auf diese Weise dem C. B. & S. J. zugeführt werden können. Segen wir den Monat August für diese Aufgabe an.

Vertrauensmänner-Organisation in Gemeinden.

Die zehn Vertrauensmänner der in Bezirke eingetheilten „Maria, Hilfe der Christen“ - Gemeinde in Philadelphia, Pa., haben sich vergangenen Monats organisiert. Zu Beamten dieser neuen Organisation wurden erwählt: Hr. Michael Wolz, Vorsitzender; Hr. Albert Senski, Assistent; Hr. Len. Kowalski, Proto-

kollierender Sekretär, und Herr Joseph Frischholz, korrespondierender Sekretär. Die Mitglieder der Organisation verpflichten sich vor allem 1.) selbst auf das Central-Blatt & Social Justice zu abonnieren und recht viele Abonnenten für dasselbe zu gewinnen; 2.) sich eine vollständige Serie der Broschüren der Central-Stelle zu beschaffen, dieselben fleißig zu studieren und deren Vertrieb in der Gemeinde und den Versammlungen sich angelegen sein zu lassen; 3.) besondere Bemühungen zu machen, die Penny- und Flugblätter in den Vereinsversammlungen und im eigenen Bezirke zur Vertheilung zu bringen. Dem korrespondierenden Sekretär fällt die Aufgabe zu, die jeweils nothwendigen Schriften und Blätter von der Central-Stelle zu beziehen und mit dieser alle geschäftlichen Angelegenheiten zu erledigen.

Dieses von Philadelphia gesetzte Beispiel der Organisation der Vertrauensmänner sollte überall Nachahmung finden, da dadurch für die Lokalpropaganda ein fester Boden geschaffen, die Erledigung der Geschäfte vereinfacht wird und Konferenzen zum Austausch von Rathschlägen und Erfahrungen und zur gegenseitigen Aufmunterung erleichtert werden.

Child Labor: Ein Lichtbilder-Vortrag.

Der erste im eigenen Verlag der C.-St. des C.-B. entstandene Lichtbilder-Vortrag ist soeben fertig gestellt worden und wird in der öffentlichen Versammlung des Spring Bank Studienkursus zum ersten male gehalten werden. Die bisher von der C.-St. den Vereinen und Gemeinden zugestellten Lichtbilder-Serien entstammten bekanntlich der Lichtbilderei M.-Glabach. In dem betr. Vortrag aber, der auf die eigenste Initiative der C.-St. des C.-B. zurückzuführen ist und der spezifisch amerikanische Verhältnisse mit Bezug auf Kinder-Arbeit veranschaulicht, liefert die C.-St. ein Beispiel, wie die Projektionskunst gerade zur Volksaufklärung über die in unserem Lande nothwendigen Sozialreformen verwendet werden kann. Daß das Thema aktuell ist, wurde in dem einleitenden Theile des Vortrags, im Juni-Fest erschienen, der beim Aufführen der Bilder wegleiben oder abgefürzt werden kann, dargelegt. Angeblich ist es den Sozialisten darum zu thun, mit diesem Uebel der Kinder-Arbeit aufzuräumen; nicht weniger aber ist es die Aufgabe aller kath. sozialdenkenden Männer und Frauen und Vereine, Stimmung gegen das Uebel zu machen, damit die Gesetzgebung zur Beseitigung desselben zur Hilfe gezogen werde oder schon bestehende Kinderschutz-Gesetze wirklich durchgeführt werden. Diesem Zwecke dürfte unser Anschauungsunterricht in Wort und Bild bestens dienen.

Als Mitarbeiter gewann die C.-St. den hochw. Hrn. Albert Muntsch, S. J., Professor an der St. Louis Universität, der besondere Studien über Kinder-Arbeit betrieben und die über diesen Gegenstand in den letzten Jahren erschienenen Schriften, Regierungs-Berichte u. s. w. verfolgt hat. Die Bilder selbst, — es sind deren 100, — deren Erklärung der 2. und 3. Theil des Vortrags gewidmet ist, sind eine aus Hunderten von originellen Aufnahmen des Herrn Lewis W. Hine sorgfältig getroffene Auswahl. Hr. Hine wurde vom National Child Labor Committee delegiert, eine Untersuchung in den leitenden amerikanischen Kinderarbeit verwendenden Industrien anzustellen und die Aufnahmen wurden sämtlich in den letzten Jahren gemacht.

Die Bilder können mit irgend einem Projektionsapparat, auch Kinematographen, projiziert werden. Auch über Apparate gibt die C.-St. gerne nähere Auskunft.

— 0 —

Erzbischöfliche Empfehlung der Studienkurse.

Schon im letzten Jahre hat der hochw'ste Erzbischof Mesmer von Milwaukee dem Studienkursus in Spring Bank, Wis., sein besonderes Interesse zugewandt und in diesem Jahre drückt er seine Ansichten über die veranstalteten Kurse in einem an den Leiter der Central-Stelle gerichteten Brief aus, den wir hier, um den Gedankengang nicht zu beeinträchtigen, ohne Abkürzung wiedergeben:

Milwaukee, Wis., July 8. 1912.

My dear Mr. Kenkel, —

I am delighted to know that your splendid corps of lecturers will again come to Spring Bank this summer to give another course of studies on Social Questions. I do not have the pleasure of being with you last year; but shall certainly profit of the opportunity of attending this year. The course given last year has received great praise from all that I asked about it. This adds new hopes that will be still more numerous attended by visitors to Spring Bank than was the case last year. A thorough acquaintance with the leading principles and facts of the great and manifold social problems of to-day, is an absolute requisite for everyone who is desirous of contributing his share, no matter how small it may be, to a happy solution of the modern questions. This applies to our Catholic laymen in general and to our clergy in particular. Once admit that eternal and unchangeable principles and laws of Christian Morality are intimately wound up with all great social problems, what religion can point out with full clearness and absolute assurance of success the true and safe way toward a happy solution and adjustment, if not the Catholic religion. It thus becomes a sacred duty for Catholics to have the true welfare of the people at heart and to whom divine Providence has given means and opportunities for assisting in the moral and social uplifting of their fellow citizens, to fit themselves for that work by the required study of these social problems. Again I say, this applies especially to the Catholic clergy who are the leaders of the people in all that makes for the spreading and strengthening of good and the retarding and uprooting of evil. Hence would like to see a fine galaxy of active and energetic clergymen from all our Western States assemble in a spirited discussion of the interesting subjects presented. Such an example on the part of the clergy will not be lost upon our Catholic laymen. And what do we need more, let me ask you, than Catholic laymen who may become with the clerical leaders of our people? How long will it be until the Catholics of the United States shall present to the world an array of thoroughly educated and well trained men, ready at all time to appear before the public to advocate the grand principles of Christian Sociology and to defend against whatever enemy the rights and demands of religion and morality. Such are the men we need. But such men must be trained, not simply by a dry academic course on sociology in the college, but rather by the stimulating and inspiring discussion of living issues by competent and experienced men. Such, I understand, is the Social Course you propose to give at Spring Bank and for the success of which you have my heartiest good wishes and my sincere blessing.

(Signed):

✠ S. MESSMER.

Aus den in dem Schreiben des hochw'sten Herrn Erzbischofs angeführten Gründen sollte die Theilnahme des hochw. Klerus sowie der kathol. Laien an solchen Veranstaltungen, wie es die Studienkurse der Central-Stelle sind, jeweils eine zahlreiche sein. Die Zahl der Theilnehmer an den beiden heurigen Kursen der C.-St. die vom 5. bis 9. August in Spring Bank und Fordh gehalten werden, läßt sich, da dies Fest zum Druck noch nicht feststellen, wird aber voraussichtlich eine befriedigende sein.